

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

36. Jahrgang / 107

9. Juni 1981

Dr. Peter Glotz, SPD-Bundesgeschäftsführer, nimmt Willy Brandt gegen die Kritik von Herbert Weichmann in Schutz.

Seite 1/2

Herbert Brückner, ASG-Vorsitzender und Gesundheitssenator in Bremen, erläutert die Schwerpunkte sozialdemokratischer Gesundheitspolitik.

Seite 3/4

Dr. Peter Struck MdB fordert höhere Kinderbetreuungskosten für Alleinerziehende.

Seite 5

Integration und Regierungsfähigkeit sind keine Gegensätze

Zur Kritik von Herbert Weichmann an Willy Brandt

Von Dr. Peter Glotz
Bundesgeschäftsführer der SPD

Professor Herbert Weichmann hat Ende der vergangenen Woche seine Fragezeichen hinter die "Integrationspolitik von Willy Brandt" gesetzt. Das ist natürlich sein gutes Recht. Aber ich halte sowohl seine Analyse wie seine Rezeptur für falsch.

Denn ich vermag nicht zu sehen, wieso die Politik Willy Brandts für die Schwierigkeiten der Hamburger SPD verantwortlich sein soll. Ich halte es jedenfalls für unvereinbar mit der Geschichte der SPD und ihrem Auftrag als Volkspartei, wenn Toleranz und Integration zu Schimpfworten im innerparteilichen Umgang würden. Das darf nicht geschehen, denn dies hieße in der Konsequenz Rückzug auf eine 35-Prozent-Partei. Niemand sollte so tun, als seien Integration und Regierungs-

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1



fähigkeit Gegensätze. Ich glaube, für eine Partei wie die unsere bedingt das eine das andere.

Herbert Weichmann empfiehlt der SPD das historische Beispiel der Abspaltung der USPD aus dem Jahre 1917 zur Wiederholung. Hat nicht gerade diese Spaltung die Sozialdemokratie zu einem Zeitpunkt geschwächt, wo sie stark genug schien, die Weimarer Republik zu formen und zu gestalten? Liegt nicht gerade an diesem Punkt ein Stück Mitverantwortung für das Scheitern der ersten deutschen Republik?

Nein, dieser Weg müßte in die Irre führen. Die Volkspartei SPD muß die Fragen, die die Menschen in unserem Volk bewegen, in sich aufnehmen und nach gründlicher, manchmal auch schwieriger Diskussion entscheiden. Gerade weil das oft genug unbequem ist, bleibt Solidarität gefordert. Aber was Solidarität ist, kann nicht mit Mehrheit beschlossen werden. Da wurde und wird an mehr als einem Ort und auf mehr als einer Seite gesündigt. (-/9.6.1981/ks/lo)

+ + +



Priorität für Gesundheitsvorsorge

Zum Bundeskongreß der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen

Von Herbert Brückner

Senator für Gesundheit und Umweltschutz in Bremen und ASG-Bundesvorsitzender

Unter dem Motto "SPD-Politik für gesundheitsgerechte Lebens- und Arbeitsbedingungen" tagt vom 12. bis 14. Juni 1981 im Bonner Gustav-Heinemann-Haus der 17. Bundeskongreß der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG). Vorrangiges Ziel der dreitägigen Beratungen wird es sein, die Initiativen fortzuentwickeln, die der 16. ASG-Bundeskongreß vor zwei Jahren zur strukturellen Weiterentwicklung des deutschen Gesundheitswesens angestoßen und auf den Weg gebracht hat.

Dabei geht es den am Kongreß teilnehmenden rund 100 sozialdemokratischen Gesundheitspolitikern nicht so sehr um Einzelprobleme, sondern um eine kritische Auseinandersetzung mit der grundsätzlichen Problematik des bundesdeutschen Gesundheitssystems, das nach Auffassung der ASG in entscheidenden Teilbereichen durch verfestigte und verkrustete Strukturen bestimmt ist und dem es - bedingt durch die Machtpolitik einflußreicher Interessenverbände - an der notwendigen Bereitschaft fehlt, sich erforderlichen Verbesserungen und Weiterentwicklungen vorurteilsfrei zu öffnen. Dies gilt nach ASG-Meinung insbesondere für das Beharren der deutschen Gesundheitspolitik auf einer Überbetonung der kurativen Medizin und für die unterentwickelten Ansätze, eine Prioritätenverschiebung zugunsten der gesundheitlichen Prävention vorzunehmen.

Das Thema des 17. ASG-Bundeskongresses macht deutlich, daß es aus der Sicht sozialdemokratischer Gesundheitspolitiker hohe Zeit ist, der Gesundheitspolitik durch aktives Handeln eine neue Richtung zu geben und sie auf das Ziel einzuschwören, durch geeignete gesundheitspolitische Maßnahmen Krankheiten zu verhindern und Gesundheit langfristig zu sichern. Dazu bedarf es - dies die Position der ASG - vorrangig einer kritischen Überprüfung der Bedingungen am Arbeitsplatz, im Wohn- und Freizeitbereich sowie in der natürlichen Umwelt, die unter Zugrundelegung gesundheitspolitischer Prämissen dort zu verändern und neu zu gestalten sind, wo sich der Einzelne nicht selbst vor gesundheitsgefährdenden Einflüssen schützen kann.

In einem Leit Antrag hat der ASG-Bundesvorstand seinen gesundheitspolitischen Kurs mit drei Schwerpunktforderungen beschrieben, die sozialdemokratische Gesundheitspolitiker auf allen Ebenen gesundheitspolitischer Meinungs- und Willensbildung einbringen und in konkrete Entscheidungen umsetzen sollen.

SPD-Gesundheitspolitik zielt danach darauf:

- Die Betroffenen und Beteiligten in der Weise zu mobilisieren, daß ihnen gesundheitsbeeinträchtigende Problembereiche vor Ort bewußt werden und sie durch Eigenorganisation in den Stand gesetzt werden, selbst aktiv für gesundheitsgerechte Lebensverhältnisse mitzukämpfen.
- Verbände, Gewerkschaften und Organisationen auf allen Ebenen für eine Politik zu gewinnen, die der Herstellung gesundheitsgerechter Bedingungen unbestrittene Priorität



einräumt und die damit den Weg zur Neuorientierung der Gesundheitspolitik in Richtung auf eine Stärkung der Prävention freimacht.

- In Regierungen und Parlamenten den gesetzlichen Rahmen dafür zu schaffen, daß das Leitbild einer verantwortungsvollen Gesundheitspolitik, die Gesundheitssicherung und Gesundheitserhaltung durch politische Konzepte ausgefüllt und in praktische Politik für die betroffenen Menschen umgesetzt wird.

Dem Schwerpunktthema des ASG-Kongresses, der Herstellung gesundheitsgerechter Lebensbedingungen sind auch die Referate der prominenten Gastredner auf dem 17. ASG-Bundeskongreß gewidmet. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau, das Vorstandsmitglied der IG Metall Karl-Heinz Janzen und SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz haben ihre Redebeiträge unter die Überschrift "Gesundheitsgerechte Lebens- und Arbeitsbedingungen" und "Gesundheitspolitik als gesellschaftliche Aufgabe" gestellt.

Um die Verknüpfung zwischen dem Anspruch auf gesundheitsgerechte Lebensbedingungen und der häufig gesundheitsbedrohenden Lebenswirklichkeit insbesondere in der Arbeitswelt deutlich zu machen, nahmen am ASG-Kongreß neben sozialdemokratischen Gesundheitspolitikern erstmals auch 15 Gastdelegierte der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AFA) teil. Gemeinsam mit den ASG-Delegierten werden sie ein Antragspaket beraten, das neben Forderungen zum Schwerpunktthema des ASG-Kongresses weitere sozialdemokratische Initiativen zu allgemeinen und aktuellen Bereichen der Gesundheitspolitik enthält. (-/9.6.1981/ks/lo)

+ + +



Kinderbetreuungskosten für Alleinerziehende müssen erhöht werden

Es geht um die Einlösung eines Wahl-Versprechens

Von Dr. Peter Struck MdB

Mitglied des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages

Alleinerziehende Mütter und Väter werden immer noch steuerlich benachteiligt. Nach Paragraph 33 a Absatz 3 Satz 1 EStG können seit dem 1. Januar 1980 für Dienstleistungen zur Beaufsichtigung und Betreuung eines Kindes von verheirateten oder verwitweten Eltern bis zu 1.200 DM im Jahr pro Kind als außergewöhnliche Belastung abgesetzt werden. Für Kinder von geschiedenen oder getrenntlebenden sorgeberechtigten Müttern oder Vätern können diese Kosten dagegen nur bis zu 600 DM im Jahr je Kind abgesetzt werden, wenn der andere Elternteil im Inland lebt und Unterhalt zahlt.

Diese Regelung ist deshalb besonders unbefriedigend, weil gerade alleinerziehenden Müttern und Vätern höhere Kinderbetreuungskosten entstehen, da sie zwangsläufig berufstätig sein müssen und ohne eine Betreuung für ihre Kinder ihrer Arbeit nicht nachgehen könnten.

Der Deutsche Juristinnenbund und der Verband der alleinerziehenden Mütter und Väter haben deshalb mit Recht die Abgeordneten des Deutschen Bundestages aufgefordert, durch eine Gesetzesänderung diese Benachteiligung alleinerziehender Mütter und Väter aufzuheben und auch ihnen einen Kinderbetreuungsbetrag von 1.200 DM im Jahr je Kind zuzubilligen.

Auch der Bundesfinanzminister hat sich in einer Erklärung vom 28. August 1980 für eine derartige Regelung eingesetzt. Diese Verbesserung wurde noch vor dem Vermittlungsverfahren zum Steuerentlastungsgesetz 1981 zur Diskussion gestellt, konnte aber angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat nicht mehr durchgesetzt werden.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Finanzministerium, Rolf Böhme, hat ebenfalls im August 1980 erklärt, daß in der folgenden Legislaturperiode die Verbesserung der steuerlichen Behandlung alleinerziehender Mütter und Väter nachgeholt werde.

Die SPD-Bundestagsfraktion und die Bundesregierung sollten dies jetzt tun.

(-/9.6.1981/hl/lo)

+ + +

